



Änderungsantrag

der Fraktionen von **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sowie der **Abgeordneten des SSW**

zum Antrag der Fraktion der FDP „**Herkunftssprachlichen Unterricht unter die Schulaufsicht des Landes stellen**“

Drucksache 18/ 5337

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu dem Recht aller Kinder und Jugendlichen, deren Muttersprache nicht das Deutsche ist, ihre Muttersprache zu erlernen und zu pflegen. Der richtige Umgang mit der eigenen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung zur Beherrschung des Deutschen und dritter Sprachen. Dieses Grundrecht wurde durch die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Juli 1977 zu verbindlichem deutschem Recht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag geht davon aus, dass auch Lehrkräfte, die von anderen Staaten nach Deutschland entsandt werden, im Zusammenhang mit der Sprachvermittlung ausschließlich Inhalte verbreiten, die mit den Grundwerten des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vereinbar sind.

Der Landtag ersucht daher die Landesregierung, den Bildungsausschuss über die in anderen Bundesländern existierenden Formen des muttersprachlichen Unterrichts, seiner Einbindung in die Arbeit der Schule und der Rolle der Schulaufsicht und anderer Formen der Kontrolle (besonders hinsichtlich der Unterrichtsmaterialien) zu informieren. Damit sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Bildungsausschuss in der 19. Legislaturperiode die Möglichkeit erhält, auf dem Wege der Selbstbefassung zügig das weitere Vorgehen zu beraten.

Der Landtag ersucht die Landesregierung außerdem, auf Bundesebene, u.a. in der Konferenz der Kultusminister, Gespräche darüber zu führen, wie im Dialog mit den Stellen, die in den Partnerländern für den Unterricht von Kindern mit Wohnsitz in Deutschland zuständig sind, zeitgemäße Materialien und Unterrichtspläne entwickelt werden können, die den oben genannten Grundsätzen gerecht werden.

Martin Habersaat
und Fraktion

Anke Erdmann
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW